

Winfried R. Garscha

Deportation als Vertreibung

Eichmanns Nisko-Experiment 1939 im Kontext der nationalsozialistischen „völkischen Flurbereinigung“

In seiner Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 nannte Hitler als wichtigste Aufgabe nach der Zerschlagung des polnischen Staates „eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse“¹ im Osten, am Tag darauf ernannte er SS-Chef Heinrich Himmler zum „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“. Für die unter Himmlers Leitung durchgeführte „Neuordnung“ verwendeten die Nationalsozialisten auch den Begriff der „völkischen Flurbereinigung“, der auf die Zeit des Ersten Weltkrieges zurückgeht: Als der Führer der ultranationalistischen „Alldeutschen“, Heinrich Claß, im August/September 1914 die Kriegsziele des Alldeutschen Verbands in einer „Denkschrift betreffend die national-, wirtschafts- und sozialpolitischen Ziele des deutschen Volkes im gegenwärtigen Kriege“ zusammenfasste, forderte er u. a. „eine Art ‚völkische‘ Feldbereinigung“² zur Lösung der Nationalitätenkonflikte. 1940 hatte sich der Begriff „völkische Flurbereinigung“ für die nationalsozialistischen Massenausweisungen und -umsiedlungen bereits eingebürgert; auch ein dem NS-Regime gegenüber eher skeptischer Journalist wie der spätere deutsche Bundespräsident Theodor Heuß schrieb anerkennend über diese „Art von völkischer Flurbereinigung großen Stils“, mit der „mögliche politische Schwierigkeiten der Zukunft behoben“ würden.³ Betroffen waren von dieser „völki-

1 Zit. in: Michael Wildt, *Völkische Neuordnung Europas*, S. 1 f. Der Aufsatz ist im Internet über das Themenportal Europäische Geschichte zugänglich: https://www.europa.clio-online.de/Portals/_Europa/documents/B2007/E_Wildt_VoelkischeNeuordnung.pdf [1. 12. 2017].

2 Heinrich Claß, *Zum deutschen Kriegsziel*. Eine Flugschrift, München 1917, S. 45.

3 Theodor Heuß, *Krieg um Räume*, in: *Die Hilfe*. Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und geistige Bewegung, 46. Jg. (1940), Nr. 23/24, 12. 12. 1940, S. 353 ff., hier 355. Zit. in: Peter Köpf, *Nazis hatten eine Chance*. Goebbels-Propagandisten in der westdeutschen Nachkriegspresse, in: *Medien & Zeit*, 10. Jg. (1995), Nr. 3, S. 28–34, hier 31.

schen Flurbereinigung“ zunächst die im deutschen Reichsgebiet lebenden Jüdinnen und Juden sowie sonstige „Fremdvölkische“. Unter „Reich“ wurde das so genannte „Altreich“ in den Grenzen von 1937, das annektierte Österreich („Ostmark“) und die dem Deutschen Reich einverleibten Teile der Tschechoslowakei (das war vor allem der „Sudetengau“) verstanden, in weiterer Folge aber auch das dem Deutschen Reich formell nicht angeschlossene „Reichsprotectorat Böhmen und Mähren“. Im Reich ging es den Nationalsozialisten in erster Linie darum, die jüdische Bevölkerung zum Verschwinden zu bringen. Bevorzugte Methode war in den ersten Jahren die Forcierung der Auswanderung, die de facto eine Vertreibung darstellte, weil die Betroffenen innerhalb des nationalsozialistischen Machtbereichs ihrer Bürger- und Menschenrechte beraubt wurden, sie vielfach diskriminiert, bedroht und verfolgt waren und sie vor dem Verlassen des Staatsgebiets hohe Abgaben leisten und seit 1938 den Großteil ihrer Habe zurücklassen mussten. Als der Krieg die Ausreisemöglichkeiten einschränkte und immer weniger Länder bereit waren, Flüchtlinge aufzunehmen, griffen die NS-Behörden zum Mittel der gewaltsamen Vertreibung, das freilich vereinzelt schon vorher angewandt worden war.

Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges rückte die polnische Bevölkerung in den Fokus der rassistischen Bevölkerungspolitik. Davon betroffen waren in erster Linie die an das Deutsche Reich angeschlossenen Gebiete (das waren neben Ost-Oberschlesien die neu gebildeten Reichsgaue „Wartheland“ und „Danzig-Westpreußen“, die – außer in Danzig selbst – einen deutschsprachigen Bevölkerungsanteil von weniger als dreißig Prozent aufwiesen). Hauptziel der NS-Politik blieben weiterhin „die Juden“, doch die ersten Massaker auf polnischem Boden wurden an mehreren Zehntausend Angehörigen der polnischen Intelligenz (vor allem an Priestern und Akademikern) verübt. Im Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete, wohin die vertriebenen polnischen (christlichen und jüdischen) Familien zwangsumgesiedelt wurden, wurde die jüdische Bevölkerung ab 1941 in Ghettos gesperrt. Für die polnische (katholische) Mehrheitsbevölkerung im Generalgouvernement war das Leben durch den täglichen deutschen Besatzungsterror ebenso gekennzeichnet wie durch drastische Unterversorgung mit allen lebensnotwendigen Gütern, das Verbot höherer Bildung für polnische Kinder und eine katastrophale Wohnungsnot. Der Mangel an Wohnraum wurde noch dadurch verschärft, dass Hunderttausende Flüchtlinge ins Generalgouvernement strömten und die deutschen Besatzer verhinderten, dass Kriegsschäden beseitigt bzw. die Infrastruktur über jenes Mindestmaß hinaus wiederhergestellt wurde, das sie selbst für ihre Bewegungsfreiheit benötigten.

Der Massenmord begann mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941. Teil dieses Vernichtungskrieges waren ab den ersten Tagen Dutzende Massaker mit jeweils mehreren Tausend Erschießungen. Gleichzeitig begannen jene Deportationen, mit denen die Nationalsozialisten auch die jüdische Bevölkerung Deutschlands (einschließlich Österreichs) an Orte brachten, an denen sie vor deren physischer Vernichtung noch die letzten Reste ihrer Arbeitskraft ausbeuten konnten. Zwei der größten dieser Haftstätten befanden sich innerhalb der neuen Reichsgrenzen: Litzmannstadt (Łódź), wohin aus Österreich 5.000 Jüdinnen und Juden sowie 5.000 Roma und Sinti deportiert wurden, sowie Auschwitz, wohin österreichische Jüdinnen und Juden vor allem über den Umweg des Ghettos Theresienstadt gebracht wurden (die Ausbeutung der Arbeitskraft der Häftlinge erfolgte hier vor allem in den Produktionsanlagen der deutschen Chemieindustrie in Monowitz). Die übrigen Zielorte der Deportationszüge lagen östlich der Reichsgrenzen.

„Nisko“ bezeichnet ein gescheitertes Projekt in der Übergangsphase von der Vertreibung zur Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Bei diesem maßgeblich von Adolf Eichmann konzipierten Experiment handelt es sich um den Transport von 4.760⁴ jüdischen Männern im Oktober und November 1939 in die polnische Kleinstadt Nisko am San, von wo aus sie über eine Behelfsbrücke nach Zarzecze und andere Dörfer auf dem gegenüberliegenden San-Ufer marschieren mussten. Verschickt wurden Männer, vorzugsweise mit handwerklichen Kenntnissen, aus dem „Protektorat“, aus der „Ostmark“ und aus Ost-Oberschlesien. Die Männer sollten ein Durchgangslager für ein künftiges „Judenreservat“ im Südosten des Distrikts Lublin errichten. Das Experiment musste abgebrochen werden, noch bevor irgendwelche konkreten Pläne für ein derartiges „Reservat“ bzw. „Reichsghetto“ ausgearbeitet worden waren. Der Großteil der Deportierten war schon vorher nach Osten verjagt worden (was die SS zynisch „Streuen“ nannte) und irrte wochenlang im Gebiet zwischen den Flüssen San und Bug umher. Einige fanden Aufnahme bei der jüdischen Bevölkerung in den Kleinstädten des Distrikts. Die meisten versuchten, sich über die Demarkationslinie in den sowjetisch besetzten Teil Ostpolens in Sicherheit zu bringen bzw. wurden von der SS über die Grenze getrieben. Im April 1940 durften 516 Männer nach Hause zurückkehren, darunter 198 nach Wien.

Die wichtigsten Fakten zum Nisko-Experiment liegen inzwischen in zwei zusammenfassenden Darstellungen in Buchform aus tschechischer und öster-

4 Wie unten erläutert, differieren die Zahlen in den einzelnen Darstellungen. Die hier genannte Anzahl ergibt sich aus 1.301 Deportierten aus Ostrava/Mährisch-Ostrau, 1.584 aus Wien und mindestens 1.875 aus Kattowitz/Katowice und anderen Orten Ost-Oberschlesiens.

reichischer Sicht vor und sollen daher hier nicht noch einmal referiert werden: Der 2017 verstorbene, am Slezské zemské muzeum / Schlesischen Landesmuseum in Opava / Troppau tätig gewesene tschechische Historiker Mečislav Borák veröffentlichte 2009 auf Tschechisch⁵ eine Studie, die 2010 in einer erweiterten Fassung auf Englisch erschien.⁶ Borák fügte seiner Studie im Faksimile alle erhalten gebliebenen Transportlisten aus Mährisch-Ostrau und Wien bei.⁷ Jonny Moser, ehrenamtlicher Mitarbeiter des DÖW, hatte sich schon früh mit der Sonderstellung des Nisko-Experiments beschäftigt und seit den 1980er Jahren dazu publiziert.⁸ 2012 erschien – posthum – sein letztes Buch mit dem Titel „Nisko. Die ersten Judendeportationen“.⁹ Das von seinen Söhnen herausgegebene Werk beruht zu einem beträchtlichen Teil auf Quellen aus dem Privatarchiv Jonny Mosers, die nur teilweise auch im Archiv der IKG Wien und im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes öffentlich aufliegen.¹⁰ Während Boráks Studie ein eigenes Kapitel „Back home from the Soviet Gulags“¹¹ enthält, das die Ergebnisse eines von ihm geleiteten Forschungsprojekts referiert, fehlen derartige Forschungen für Österreich bisher fast völlig.

Anliegen des hier vorgelegten Beitrags ist es, zu verdeutlichen, dass sich das Nisko-Experiment trotz einiger Besonderheiten in die Reihe der organisierten Vertreibungen aus dem „Altreich“ in den ersten Kriegsmonaten einreihet, als Teile der jüdischen Bevölkerung an die Ränder des nationalsozialistischen Herrschaftsgebiets gebracht und anschließend sich selbst überlassen wurden. Gleichzeitig stellte das Nisko-Experiment eine Art Testlauf für die großen Deportationen dar, die in vollem Umfang allerdings erst zwei Jahre später begannen.

5 Mečislav Borák, První deportace evropských Židů. Transporty do Niska nad Sanem, 1939–1940, Ostrava 2009.

6 Ders., The First Deportation of the European Jews. The transports to Nisko nad Sanem (1939–1940), Opava 2010.

7 Ebenda, S. 239–312.

8 Jonny Moser, Nisko – The First Experiment in Deportation, in: Simon Wiesenthal Annual (New York), Jg. 2 (1985), S. 1–30.

9 Jonny Moser, Nisko. Die ersten Judendeportationen, Wien 2012.

10 Es handelt sich in erster Linie um Dokumente des Transportleiters des ersten Wiener Nisko-Transports, Ernst Kolm (Kohn), der 1940 mit einem „Koffer mit vielen Hunderten Notizen und Aufzeichnungen“ nach Wien zurückkehrte und diesen Koffer später, über Vermittlung eines weiteren Nisko-Überlebenden, Rudolf Baumann, Jonny Moser übergab. Darüber hinaus konnte sich Jonny Moser auf Kopien nationalsozialistischer Dokumente zu Nisko stützen, die in der Tschechoslowakei aufgefunden worden waren; diese erhielt er von Ernst Feldsberg, der in den 1960er Jahren Präsident der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde war: Moser, Nisko, S. 11.

11 Borák, The First Deportation, S. 166–191.

Deportation als Synonym für Massenmord

Die nachfolgend erörterten Analysen des Instruments der Deportation in einigen zentralen Werken der Holocaust-Forschung von den frühen 1950er Jahren bis in die 1990er Jahre zeichnen sich durch eine Gemeinsamkeit aus: die Interpretation des bürokratisch-technischen Vorgangs des Transports Tausender Menschen quer durch halb Europa als Teil eines arbeitsteiligen Massenvernichtungsverbrechens, das mit der Ausgrenzung, Konzentration und Kennzeichnung am Wohnort der betroffenen Personen begonnen hatte und mit der Ermordung der Deportierten in den seit 1942 errichteten mobilen und stationären Einrichtungen zur Tötung mittels Giftgas (anfangs auch durch Massenerschießungen) endete.

Inwieweit bereits Ausweisungen, Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen vor dem Beginn der Massendeportationen im zweiten Halbjahr 1941 – darunter die Nisko-Aktion, aber auch die fünf ersten Deportationen aus Wien im Februar und März 1941¹² – dieser Kategorie von Deportationen zuzurechnen sind, ist in der Holocaust-Forschung umstritten. Unbestritten ist jedoch, dass auch die Schaffung von „Judenreservaten“ in Territorien mit unterentwickelter oder fehlender Infrastruktur, also etwa entlang der Demarkationslinie zur Sowjetunion oder auf der Tropeninsel Madagaskar¹³, darauf hinausgelaufen wäre, die jüdische Bevölkerung zu dezimieren, in diesen Fällen auf „natürliche“ Weise, d. h. durch Seuchen und Unterernährung.

Die Deportationen aus Zentral-, West- und Südeuropa ab Herbst 1941 führten deshalb nach Osten, weil die Nationalsozialisten den Großteil der überregionalen Tötungseinrichtungen in Polen, den baltischen Republiken und Weißrussland installierten. Hier und in der Ukraine hatten schon im Sommer und Herbst 1941 Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SS Zehntausende

12 Winfried R. Garscha, Deportation nach Polen. Die Verschickung von Wiener Juden und Jüdinnen ins Generalgouvernement, in: Christine Schindler / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Ein lebendiger Ort der Erinnerung: Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes [= Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie), Jg. 61 (2017), H. 3], S. 232–247, hier 242–245; Dokumente und Fotografien zu den fünf Deportationen ins Generalgouvernement im Februar/März 1941 sind auf der Website des DÖW verfügbar: <https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/nachrichten-aus-dem-ghetto> [1. 12. 2017].

13 Pläne bezüglich des „Exports“ der jüdischen Bevölkerung Europas nach Madagaskar, ab 1896 französische Kolonie, waren schon lange vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten und auch außerhalb Deutschlands entwickelt worden. Siehe: Magnus Brechtken, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 2¹⁹⁹⁸ [= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 53].

Menschen erschossen. Hunderttausende weitere wurden bis zum Herbst 1942 ermordet, während parallel zu den Massenerschießungen bereits Gaswagen eingesetzt wurden. Der Ablauf war an den verschiedenen Zielorten der tagelangen Bahntransporte aus Mittel- und Westeuropa ähnlich: Ein Teil der Deportierten wurde nach der Ankunft sofort ermordet, die anderen wurden in Ghettos und Durchgangslagern gesammelt, bevor sie auf die Mordstätten aufgeteilt wurden.

Drei der sechs Millionen Holocaust-Opfer wurden an Ort und Stelle umgebracht oder zunächst in Ghettos konzentriert, um vor ihrer Ermordung noch Sklavenarbeit zu leisten. Dort, wo damals die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Europas lebte – also in Polen, im südlichen Baltikum und in den westlichen Teilen Weißrusslands und der Ukraine –, waren die Entfernungen zu den Mordstätten kurz, was den Vernichtungsvorgang beschleunigte; jede dieser Mordstätten war gewissermaßen „ein Bahnhof mit angeschlossenen Gaskammern – oder eher umgekehrt: Gaskammern mit Gleisanschluss“. ¹⁴ War kein Bahnhof in der Nähe, ließen die deutschen Besatzer die BewohnerInnen gleich in den jüdischen Ghettos oder in unmittelbarer Nähe töten. Die hierfür herangezogenen „Trawniki-Männer“ waren Hilfstruppen aus meist ukrainischen Kriegsgefangenen, benannt nach dem Ort ihrer Ausbildung, dem SS-Ausbildungslager Trawniki bei Lublin. „Transportunfähige Kranke, Alte und zurückgelassene Kleinkinder erschossen die Deutschen direkt – nicht selten sogar noch im Krankenhaus.“ ¹⁵

Bereits die ersten Gesamtdarstellungen des Holocaust – genannt seien vor allem die 1953 vom englischen Historiker Gerald Reitlinger publizierte Studie „The Final Solution“ ¹⁶ und die 1955 abgeschlossene, aber erst 1961 erstmals als Buch erschienene Dissertation des aus Wien stammenden amerikanischen Politikwissenschaftlers Raoul Hilberg „The Destruction of the European Jews“ ¹⁷ – bezogen die Deportationen in ihre Analyse der Organisation des Massenmords mit ein, boten jedoch unterschiedliche Interpretationen an.

14 Stephan Lehnstaedt, *Der Kern des Holocaust. Belżec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München 2017, S. 58.

15 Ebenda, S. 64.

16 Gerald Reitlinger, *The Final Solution: The Attempt to Exterminate the Jews of Europe, 1939–1945*, London 1953, deutsch: *Die Endlösung – Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945*, Berlin 1956.

17 Raoul Hilberg, *The Destruction of the European Jews*, Chicago 1961, deutsch: *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Berlin 1982 (seit 1990 erschienen zehn Auflagen der durchgesehenen und erweiterten dreibändigen Taschenbuchausgabe).

Für Reitlinger waren die den Massendeportationen vorangegangenen Umsiedlungspläne der Jahre 1939/1940 – also die Idee eines „Judenreservats“ in Ostpolen oder auf Madagaskar – nur Irreführung (*subterfuge*¹⁸). In dieselbe Kerbe schlug ein im Erscheinungsjahr von Reitlingers „Final Solution“ vom New Yorker YIVO (Yidisher visnshaftlekher institut / Jüdisches wissenschaftliches Institut) publizierter Aufsatz von Philip Friedman, einem der bedeutendsten Vertreter der frühen polnischen und amerikanischen Holocaust-Forschung und ersten Vorsitzenden der Historischen Kommission des 1944 gegründeten Zentralkomitees der Juden Polens, der 1948 in die USA übersiedelt war.¹⁹ Friedman beharrte darauf, dass hinter der unschuldigen Maske der „Umsiedlung“ von vornherein ein Schema ganz anderer Natur in Vorbereitung gewesen sei – nichts weniger als die totale Vernichtung der Juden und Jüdinnen.²⁰

Für Raul Hilberg ergab sich die Bedeutung der Deportationen aus dem Prozesshaften des Judenmords: Nach den vorbereitenden Maßnahmen zunächst der Definition (wer ist Jude?), fortgesetzt durch die verschiedenen Maßnahmen der Enteignung („Arisierung“, Vermögenskonfiskation durch Sperrung von Geldern und Sondersteuern, Entlassungen und Zwangsarbeit) und schließlich der Konzentration, d. h. der Schaffung von Lebensbedingungen, die soziale Kontakte zwischen der jüdischen und nichtjüdischen Bevölkerung unterbanden,²¹ sei schließlich die Entscheidung gefallen, „das europäische Judentum auszulöschen. Nach Rußland wurden mobile Tötungseinheiten entsandt, während man im übrigen Europa die Opfer in Vernichtungslager deportierte.“²² Mit anderen Worten: Hilberg unterschied zwischen dem, was das NS-Regime an antijüdischen Maßnahmen vor dem Sommer 1941 setzte (wozu auch die

18 Reitlinger, Final Solution, S. 77 (deutsche Ausgabe, S. 89: Vermerke des Auswärtigen Amtes bezüglich Madagaskar seien „eine für die Akten bestimmte Tarnung“ gewesen).

19 Zu Philip Friedman als Vermittler von Informationen siehe: Natalia Aleksion, An Invisible Web. Philip Friedman and the Network of Holocaust Research, in: Regina Fritz / Éva Kovács / Béla Rásky (Hrsg.), Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden, Wien 2016 [= Beiträge zur Holocaustforschung des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust-Studien, Bd. 2], S. 149–166.

20 Philip Friedman, The Lublin Reservation and the Madagascar Plan: Two Aspects of Nazi Jewish Policy During the Second World War, in: YIVO Annual of Jewish Social Studies, Jg. VII (1953). S. 151–177. Zit. in: Christopher R. Browning, The Path to Genocide. Essays on Launching the Final Solution, Cambridge 1992, S. 6.

21 Schritt für Schritt beschrieben in: Raoul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt/Main 1990, Bd. 1, S. 69–197. Zur „Konzentration“ gehörten die rigorose Unterbindung von Eheschließungen oder die Ausgabe unterschiedlicher Lebensmittelmarken ebenso wie die räumliche Trennung der Wohngebiete und die Separierung bei der medizinischen Versorgung.

22 Ebenda, S. 56.

Forcierung der Massenemigration, Zwangsumsiedlungen und Vertreibungen gehörten), und den Deportationen. Gemeint sind jene Deportationen, die parallel zum Massenmord an der jüdischen Bevölkerung der eroberten Gebiete erfolgten, der den Krieg der Deutschen Wehrmacht gegen die Sowjetunion begleitete.

Dass den NS-Bürokraten klar war, dass Deportation ab Herbst 1941 physische Vernichtung bezweckte, hielt Hilberg für evident. Daher hätten die Behörden ab diesem Zeitpunkt im internen Schriftverkehr den Begriff der „Endlösung“ verwendet. Die bisherigen Maßnahmen wären, so Hilberg, prinzipiell rückgängig zu machen gewesen und konnten somit keine endgültige Lösung des „jüdischen Problems“ darstellen, auch weil die Deutsche Wehrmacht die vertriebenen Juden und Jüdinnen allerorten wieder einholte und mit den Eroberungen im Osten weitere Millionen in den nationalsozialistischen Machtbereich gerieten; nur Tötungen waren endgültig: „Sie verliehen dem Vernichtungsprozeß den Charakter historischer Unwiderruflichkeit.“²³ Den Begriff des „Vernichtungsprozesses“ übernahm Hilberg übrigens aus einer in London vor den Ermittlern des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals abgegebenen Aussage des ungarischen Holocaust-Überlebenden Rudolf Kastner (Rezső Kasztner).²⁴ Durch die Verwendung dieses Begriffs grenzte Hilberg sich von jenen ab, die den Holocaust als einen von vornherein feststehenden zentralen Plan des NS-Regimes sahen. Zwar lägen dem gesamten Vernichtungsprozess eine „durchgängige Struktur“ und ein „Entscheidungsmechanismus“ zugrunde, er „entsprang gleichwohl keinem grundlegenden Plan“, sondern war „ein Prozeß aufeinanderfolgender Schritte [...], die auf Initiative unzähliger Entscheidungsträger innerhalb eines ausgedehnten bürokratischen Apparats ergriffen wurden“.²⁵ Hilberg resümierte: „Letztlich war die Vernichtung der Juden nicht so sehr das Produkt von Gesetzen und Befehlen als vielmehr eine Angelegenheit von Gesinnung, des gegenseitigen Verstehens, der Übereinstimmung und der Synchronisation. [...] kein einzelnes Organ [hat] den gesamten Prozeß

23 Ebenda, Bd. 2, S. 287.

24 Affidavit von Dr. Rudolf Kastner, abgegeben am 13. Sept. 1945, PS-2605, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946. Amtlicher Text, deutsche Ausgabe, Bd. XXXI: Urkunden und anderes Beweismaterial Nummer 2605-PS bis Nummer 3054-PS, S. 1. Der 1957 in Tel Aviv ermordete Kasztner war die zentrale Figur des Budapesters „Komitees für Hilfe und Rettung“ (Segélyező és Mentőbizottság / Vaadat ha-Ezra va-ha-Hatzalah) gewesen und musste sich nach 1945 als Kollaborateur verantworten. Siehe: Ladislaus Löb, *Geschäfte mit dem Teufel. Die Tragödie des Judenretters Rezső Kasztner. Bericht eines Überlebenden*, Köln 2010.

25 Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*, Bd. 1, S. 56.

geleitet oder koordiniert. Die Vernichtungsmaschinerie war ein weitläufiger, mannigfaltiger und vor allem dezentralisierter Apparat.²⁶ Nisko stand für Hilberg in einer Reihe mit den zweieinhalb bzw. zwölf Monate später erfolgten Abschiebungen von Juden und Jüdinnen aus Pommern (Stettin und Schneidemühl) nach Lublin bzw. aus Südwestdeutschland (Baden und Saarpfalz) nach Südfrankreich.²⁷

Der aus Prag stammende Dichter und Publizist Hans Günther Adler, der selbst ins Ghetto Theresienstadt deportiert worden war, setzte sich zeit seines Lebens mit der Frage auseinander, warum die Transporte zu den Vernichtungsstätten so problemlos funktioniert hatten – analysiert vor allem in seinem monumentalen, von der Holocaust-Forschung lange Zeit wenig beachteten Werk zum Thema Deportation „Der verwaltete Mensch“.²⁸

Während für Hilberg die Massenmordaktionen der Einsatzgruppen von Sicherheitspolizei und SS einerseits und die „Endlösung“ durch Deportation andererseits parallel ablaufende Vorgänge derselben Etappe des Vernichtungsprozesses darstellten, sah H. G. Adler gerade zwischen diesen beiden Vorgängen einen prinzipiellen Unterschied: Die Verbrechen der Einsatzgruppen – in Ansätzen bereits im Krieg gegen Polen 1939, großflächig dann nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 – seien „trotz aller Niedertracht bei der aufgestachelten Trunkenheit der Täter in einem wilden und als rohem Handwerk geübtem Treiben zur Not eben begreiflich, weil es für die im Gehorsam erfrorenen Gemüter noch ‚kriegerischer‘ Rausch (bei aller Abscheulichkeit) schien, aber weit im Hinterland oder gar in der deutschen Heimat galt das nicht. Hier mußten viele Enthemmungen bewirkt und bürokratische Apparate in Bewegung versetzt werden, um von den Spitzen der Exekutive bis zu den lokalen Verwaltungsstellen es so einzurichten, daß alle Beteiligten – die Opfer möglichst eingeschlossen – sich einspannen ließen, die Juden in den Tod zu befördern, ohne Aufsehen zu erregen, ohne vom unausweichlichen Schicksal der Verdammten Genaues zu wissen, ohne sich schuldig zu fühlen und nicht Mitleid zu empfinden oder gar die Menschenwürde zu bedenken. Um das zu erreichen, [...] war für die Verheimlichung der Wahrheit zu sorgen, verbunden mit Täuschung und Verlockung zur Selbsttäuschung.“²⁹ Adler hat sich auch in mehreren Aufsät-

26 Ebenda, S. 58.

27 Ebenda, Bd. 2, S. 415 f.

28 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland*, Tübingen 1974. Adlers Studie baute auf seinen Forschungen zum Ghetto Theresienstadt auf: Ders., *Theresienstadt 1941–1945. Das Antlitz einer Zwangsgemeinschaft*, Tübingen 1955, 21960.

29 Ebenda, S. 83.

zen³⁰ mit der Anfälligkeit der Bürokratie – selbst jener der Selbstverwaltung von Verfolgten wie der Israelitischen Kultusgemeinden oder der Institutionen der von ihm „Zwangsgemeinschaft“ genannten Häftlingsgesellschaft³¹ in den Lagern – für ihre Instrumentalisierung durch diktatorische Regimes und mit der Willfährigkeit der „verwalteten“ Menschen beschäftigt.³²

Auch für die Verfasserin der ersten Gesamtgeschichte des Holocaust in hebräischer Sprache stellten die Deportationen den zentralen Umschlag von der Diskriminierung zur Vernichtung dar: Leni Yahils 1987 erschienenes Werk „Die Shoah“ war die erste umfassende akademische Analyse, die sich in großem Ausmaß auch auf jüdische Quellen stützte und die unterschiedlichen Antworten der Verfolgten zwischen Anpassung und Widerstand in ihre Darstellung miteinbezog. Die Autorin unterschied deutlich zwei Etappen – den „Prolog zur ‚Endlösung‘“, der durch den Überlebenskampf der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und den besetzten Ländern zwischen 1938/39 und 1941 gekennzeichnet war, und die Shoah selbst, die mit dem Krieg gegen die Sowjetunion begann. Die „Endlösung“ durchlief verschiedene Stadien, wobei Yahil als erstes Stadium die Massaker der Einsatzgruppen bezeichnete, als zweites Stadium die Deportationen, die den Übergang von der Verfolgung in den Herkunftsländern zur Vernichtung in den „Todesfabriken“ markierten, und als drittes die Errichtung der Mordstätten und die Liquidierung der Ghettos.³³ Allein die Wortwahl verdeutlicht, dass Yahil auch den „Prolog“ als einen auf Vernichtung (beispiels-

30 Gesammelt in: H. G. Adler, Die Freiheit des Menschen. Aufsätze zur Soziologie und Geschichte, Tübingen 1976.

31 Zu den Kontroversen um den Begriff Häftlingsgesellschaft: Andreas Kranebitter, Zahlen als Zeugen. Soziologische Analysen zur Häftlingsgesellschaft des KZ Mauthausen [= Mauthausen-Studien. Schriftenreihe der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Bd. 9], Wien 2014, S. 28–32. Popularisiert wurde der Begriff 1992 in der Habilitationsschrift von Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors. Das Konzentrationslager, Frankfurt/Main ²1993, S. 137–190.

32 Siehe: Heinrich Hubmann, H. G. Adlers Auffassung von der Persönlichkeit und die Entwicklung des Persönlichkeitsrechts in der Bundesrepublik, in: Ders. / Alfred O. Lanz (Hrsg.), Zu Hause im Exil. Zu Werk und Person H. G. Adlers, Stuttgart 1987, S. 89–96. Zur Frage der – alternativlosen – Involvierung der Wiener IKG in den nationalsozialistischen Vertreibungs- und Vernichtungsprozess siehe: Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt/M. 2000.

33 Leni Yahil, ha-Sho'ah. Goral Jehudei Europa 1932–1945, Tel Aviv–Jerusalem 1987. Mit der Präzisierung des Untertitels (anstelle von „Schicksal“ [goral] im hebräischen Original) hat die aus Deutschland stammende Autorin in der deutschen Ausgabe die beiden in ihrem Werk klar unterschiedenen Etappen auch im Buchtitel genannt: Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden, München 1998. Die Problematisierung der von ihr synonym verwendeten Begriffe „Shoah“ und „Endlösung“ ist kein Gegenstand von Yahils Untersuchung.

weise durch Verhungernlassen) zielenden Prozess sah: Die Maßnahmen bis zum Frühjahr 1941, darunter die Zwangsumsiedlungen aus dem Reichsgebiet im Jahre 1940 (die Deportationen aus Wien im Februar und März 1941 ließ sie unerwähnt), stellten für sie den „ersten Angriff“ eines „Kriegs gegen Europas Juden“ dar.³⁴

Ebenfalls in den 1980er Jahren plädierte der amerikanische Historiker Christopher Browning, der später vor allem durch seine Studie über die von ihm als „ganz normale Männer“ apostrophierten Durchschnittstäter bekannt wurde,³⁵ dafür, die nationalsozialistischen Zwangsumsiedlungen der Jahre 1939 und 1940 – wie beispielweise nach Nisko – nicht nur als Maßnahmen zur Vorbereitung der „Endlösung“ zu betrachten, auch wenn dies der weitere Verlauf des Geschehens aus der Rückschau nahelegt. Diese Maßnahmen seien vielmehr Teil eines weiter gefassten demographischen Projekts gewesen, das die „rassische Umgestaltung“ ganz Osteuropas bezweckte.³⁶ Dieses Projekt habe (Volks-)Deutsche ebenso umfasst wie die jüdische und slawische Bevölkerung, sei aber letztendlich an den örtlichen Gegebenheiten gescheitert. Zwar habe man durch die Vertreibung eines Teils der Bevölkerung aus den von Deutschland annektierten Teilen Polens Platz für die Balten- und Wolhynien-Deutschen geschaffen, die – entsprechend den deutsch-sowjetischen Vereinbarungen von 1939 – „heimgeholt“ wurden, doch sei dadurch der jüdische Bevölkerungsanteil im Generalgouvernement (das doch eigentlich, in Perspektive, ebenfalls „judenrein“ gemacht werden sollte) weiter angestiegen und eine zumindest teilweise Germanisierung des gesamten deutschen Herrschaftsgebiets überhaupt in weite Ferne gerückt. Wenn nicht der Angriff auf die Sowjetunion zu einer weiteren Verschärfung dieses „Problems“ führen sollte, konnte es nur eine Lösung geben: den Massenmord.³⁷

In Österreich war es seit den 1960er Jahren der ehrenamtliche Mitarbeiter des neugegründeten Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes Jonny Moser, der die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung Wiens durch erzwungene Ausreise sowie die Deportation der Zurückgebliebenen untersuch-

34 Ebenda, S. 215–266.

35 Christopher R. Browning, *Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland*, New York 1992, deutsch: *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibattalion 101 und die Endlösung in Polen*, Hamburg 1996, ²1999 (Neuausgabe mit einem Nachwort).

36 Ders., *Nazi Resettlement Policy and the Search for a Solution to the Jewish Question, 1939–1941*, in: Ders., *The Path to Genocide*, 3–27, hier 7. Der Aufsatz war 1986 in der *German Studies Review* erschienen.

37 Ebenda, 25: „Murder was in the air as the Germans prepared for a *Vernichtungskrieg* in Russia [...]“

te.³⁸ Die einzelnen Schritte von der Vertreibung über die ersten Zwangsumsiedlungen ins Generalgouvernement bis zu den Massendeportationen nach Osten hat Herbert Rosenkranz 1978 in seinem nach wie vor viel zitierten Werk „Verfolgung und Selbstbehauptung“ auf der Basis der Dokumente der Israelitischen Kultusgemeinde minutiös dargestellt.³⁹

Die namentliche Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer durch das DÖW seit den 1990er Jahren ermöglichte nicht nur präzise Zahlenangaben zu den einzelnen Deportationen, sondern insbesondere auch die Nachverfolgung persönlicher Schicksale in so großem Umfang, dass dies Einschätzungen auch jener Deportationsorte erlaubt, die als „Relais“-Stellen für den Weitertransport zu den Vernichtungsstätten dienten. So sind zwar jeweils nur wenige Deportierte des ersten und dritten Transports aus Wien am 15. und 26. Februar 1941 am Zielort selbst (Opole Lubelskie) verstorben, doch haben von den 2.003 dorthin Verschleppten lediglich 28 Personen überlebt.⁴⁰ Für die Übrigen war Opole Durchgangsstation in die Vernichtungslager Belzec (März 1942) bzw. Sobibor (Mai und Oktober 1942). Die zweitausend Wiener Deportierten teilten dieses Schicksal mit 4.000 Jüdinnen und Juden, die bereits vor 1939 in Opole gelebt hatten, und 6.000 jüdischen Kriegsflüchtlingen bzw. Menschen, die ebenfalls hierher deportiert worden waren.

Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung 1938–1940

Bis zur Verhängung der generellen Ausreisesperre im Oktober 1941⁴¹ hatten die NS-Behörden in Deutschland, im annektierten Österreich und dem „Reichs-

38 Jonny Moser, *Die Judenverfolgung in Österreich 1938–1945*, Wien–Frankfurt–Zürich 1966 [= Monographien zur Zeitgeschichte. Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes]; ders., *Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945*, Wien 1999 [= Schriftenreihe des DÖW zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 5].

39 Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945*, Wien 1978.

40 <http://ausstellung.de.doew.at/b207.html> [1. 12. 2017].

41 Runderlass des Reichssicherheitshauptamts vom 18. Oktober 1941 betreffend Auswanderung von Juden. Der vom Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, Heinrich Himmler, angeordnete Geheimerlass ist im Original nicht erhalten, aber gut dokumentiert: Auf ihn bezogen sich die Anordnungen des Chefs des Amtes IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamtes, Heinrich Müller, die wenige Tage später an verschiedene Gestapozentralen ergingen. Ein Faksimile der an den Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD für Belgien und Frankreich gerichteten Anordnung vom 23. Oktober 1941 mit der Aktenzahl IV B 4 b (Rz) 2920/41g (984) wird in der Dauerausstellung der Berliner

protektorat Böhmen und Mähren“ durch eine Kombination von persönlichen Schikanen und Demütigungen, staatlich sanktionierter Beraubung („Arisierung“) und Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte mehr als eine halbe Million Juden und Jüdinnen veranlasst, den nationalsozialistischen Machtbereich „freiwillig“ zu verlassen: Über 352.000 aus dem „Altreich“⁴², 130.000 aus der „Ostmark“ und fast 27.000 aus dem „Protektorat“.⁴³

Obwohl im Folgenden in erster Linie die Vertreibungen von „reichsdeutschen“ und österreichischen Jüdinnen und Juden behandelt werden, soll nicht unerwähnt bleiben, dass die nationalsozialistischen Behörden nach der Niederwerfung Polens (1939) und Frankreichs (1940) Umsiedlungsaktionen einer Dimension durchführten, welche die gegen die „eigene“ jüdische Bevölkerung gerichtete bei Weitem übertrafen:

Aus den von Deutschland annektierten Gebieten Westpolens wurden bis zum Inkrafttreten des so genannten „ersten Nahplans“⁴⁴ am 1. Dezember 1939 30.000 bis 40.000 Menschen in teilweise „wildem“, teilweise organisierten Vertreibungen verjagt.⁴⁵ Der „erste Nahplan“ (80.000 Aussiedlungen aus dem neu geschaffenen Warthegau bis zum 16. Dezember) wurde mit 87.883 Deportierten sogar übererfüllt, im selben Zeitraum wurden aus dem Gau Danzig-Westpreußen über 50.000 Menschen ins Generalgouvernement abgeschoben. „Diese ersten Umsiedlungen betrafen neben den polnischen Juden insbesondere polnische Landwirte und ihre Familien, da die SS ihre Betriebe für die Ansiedlung von Volksdeutschen benötigte.“⁴⁶ Von den im Rahmen des „zweiten Nahplans“ (bis Anfang 1941) vorgesehenen 600.000 Deportationen wurden „nur“ 133.000 realisiert. Erst 1941 setzten die Vertreibungen im großen Stil ein: Rund andert-

„Topographie des Terrors“ (Texttafel Nr. 27) gezeigt. Vgl. Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt in der Wilhelm- und Prinz-Albrecht-Straße. Eine Dokumentation. Katalogband zur gleichnamigen Präsentation, hrsg. v. der Stiftung Topographie des Terrors, Berlin 2010, S. 213.

42 Vgl. die vom Mainzer Historiker Thomas Freier auf der Basis von Angaben des Bundesarchivs (BA R 8150/31) zusammengestellte Statistik „Jüdische Auswanderung aus Deutschland“: http://www.statistik-des-holocaust.de/stat_ger_emi.html [1. 12. 2017].

43 <http://ausstellung.de.doew.at/b212.html> [1. 12. 2017].

44 Gemeint ist der erste der vom Reichssicherheitshauptamt ausgearbeiteten Pläne zur Neuordnung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung auf ehemals polnischem Gebiet.

45 Werner Röhr / Elke Heckert / Wolfgang Schumann / Ludwig Nestler (Hrsg.), Die faschistische Okkupationspolitik in Polen (1939–1945), Berlin 1989 [= Dokumentenedition Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938–1945, Bd. 2], S. 56–59.

46 Isabel Heinemann, Rasse, Siedlung, deutsches Blut. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 225 f.

halb Millionen Polinnen und Polen, die keiner „Eindeutschung“ für würdig befunden worden waren, mussten ins Generalgouvernement umziehen; dazu kamen weitere 645.000 BewohnerInnen dieser Gebiete, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt wurden.⁴⁷

Am 16. Juli 1940 begann die Räumung der einer deutschen Verwaltung unterstellten Gebiete Elsaß und Lothringen. 22.000 Menschen jüdischer Herkunft wurden aus ihren Häusern gejagt, „zusammengetrieben, per LKW ins unbesetzte Frankreich gebracht und hier meist auf irgendeiner Landstraße ausgesetzt“.⁴⁸ Nach der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung mussten nicht eindeutschungswillige französische Bauernfamilien den Gau verlassen. Der als Chef der Zivilverwaltung in Lothringen eingesetzte saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel (ehemals „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“) stellte ihnen in einem im Oktober 1940 verlautbarten Aufruf frei, sich in den Reichsgau Wartheland oder nach Frankreich deportieren zu lassen.⁴⁹

Die verzweifelten Versuche vieler österreichischer Juden und Jüdinnen, teilweise schon zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme am Abend des 11. März 1938 bzw. kurz danach das Land zu verlassen, gehören zum historischen Gedächtnis der Zweiten Republik und haben Eingang in Schulbücher, Filme und Romane gefunden. Weniger bekannt ist, dass schon wenige Tage nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht erste Vertreibungen auf lokaler Ebene stattfanden. Burgenländische Nationalsozialisten – Gestapo, Gendarmerie und Teile der Ortsbevölkerungen – verjagten einen Großteil der jüdischen Familien dieses Bundeslandes entweder über die Grenze nach Ungarn und in die Slowakei oder zwangen sie zum Umzug nach Wien. Den Anfang machte Frauenkirchen am 26. März 1938, weitere Gemeinden

47 Diese Vorgänge sind Thema der Wanderausstellung „Wypędzeni/Vertriebene 1939...“, die der Posener Dokumentarfilmer Jacek Kubiak 2009 im Auftrag des Polnischen Städtebunds konzipierte. Nach drei Dutzend Stationen in Polen und Deutschland war sie im Herbst 2017 im Polnischen Institut in Wien zu sehen. Die Ausstellung geht auch auf das Schicksal der aus der Sowjetunion in den Warthegau zwangsumgesiedelten Deutschen ein und behandelt den darüber gedrehten NS-Propagandafilm „Heimkehr“ mit Paula Wessely und Attila Hörbiger. Siehe: Jacek Kubiak/Agnieszka Łuczak (Hrsg.), Wypędzeni 1939... Deportacje obywateli polskich z ziem wcielonych do III Rzeszy [Vertriebene 1939... Deportationen polnischer Bürger aus den an das Dritte Reich gefallen Gebieten], Poznań 2015.

48 Wolfgang Schumann / Friedel Schulz / Ludwig Nestler (Hrsg.), Die faschistische Okkupationspolitik in Frankreich (1940–1944), Berlin 1990 [= Dokumentenedition Europa unter dem Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus 1938–1945, Bd. 3], S. 52.

49 Ebenda, S. 129 (Dokument Nr. 19).

folgten Ende März bzw. nach der Volksabstimmung vom 10. April 1938 über den vollzogenen „Anschluss“. Internationales Aufsehen erregte die Aussetzung von 51 Menschen, die von SA-Männern in Kittsee und Pama in der Nacht zum 16. April 1938 aus ihren Betten geholt und auf einer Sandinsel in der Donau, gegenüber dem slowakischen Dorf Theben/Devín bei Bratislava, ausgesetzt worden waren. Sie wurden zwar gerettet, erhielten aber keine tschechoslowakische Aufenthaltsgenehmigung. Monatelang versteckten sie sich auf einem französischen Schleppkahn in den Donauauen, bis es der Orthodoxen Israelitischen Kultusgemeinde Preßburgs gelang, Ausreisedokumente für sie zu besorgen.⁵⁰ Der bekannte kommunistische Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf hat darüber noch 1938 im französischen Exil ein Drama verfasst, das allerdings erst posthum uraufgeführt wurde.⁵¹ Ähnliche Fälle, wenn auch ohne vergleichbares internationales Echo, ereigneten sich in Niederösterreich.⁵²

In Österreich haben in den letzten Jahren Bemühungen verschiedener Initiativen und Vereine, aber auch Maßnahmen der Behörden, dazu beigetragen, die Tatsache der Deportation Zehntausender Jüdinnen und Juden im öffentlichen Bewusstsein zu verankern. Einige der Aktionen, beispielsweise 2017 die Errichtung eines Mahnmals der Stadt Wien⁵³ am Gelände des ehemaligen Aspangbahnhofs, wo 75 Jahre zuvor die Deportationszüge abgefertigt worden waren, fanden auch breiten Niederschlag in den Medien. Die Deportationen aus Wien waren 2017 auch Thema einer Ausstellung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften im Äußeren Burgtor. Damit im Zusammenhang wurde eine Quellendokumentation im Internet zugänglich gemacht.⁵⁴

50 Burgenländische Forschungsgesellschaft (Hrsg.), Jüdische Kulturwege im Burgenland. Rundgänge durch die „Sieben Gemeinden“ (Scheva Kehillot) und die Gemeinden des Südburgenlandes, Eisenstadt 2016, S. 14. Der vergriffene Band ist als Internet-Download verfügbar: http://www.erinnern.at/bundeslaender/oesterreich/gedaechtnisorte-gedenkstaetten/neukonzeption-von-gedenkstaetten/12-neue-rundgaenge-durch-das-juedische-burgenland/routes_bgld.pdf [1. 12. 2017].

51 Friedrich Wolf, Das Schiff auf der Donau. Ein Drama aus der Zeit der Okkupation Österreichs durch die Nazis, Berlin 1960, 2002. Das erst 1955 bekannt gewordene Stück wurde erstmals 1962 in Ost-Berlin aufgeführt.

52 Wolfgang Schellenbacher, Von Flucht und Abschiebung zur Vertreibung. Der Raum Niederösterreich als Beispiel für den Umgang mit Flüchtlingen und Abgeschobenen in Österreich zwischen 1914 und 1938, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Fanatiker, Pflichterfüller, Widerständige. Reichsgaue Niederdonau, Groß-Wien, Jahrbuch 2016, Wien 2016, S. 267–284, hier 282 f.

53 <http://www.koer.or.at/projekte/mahnmal-aspangbahnhof/> [1. 12. 2017].

54 Der Aspangbahnhof – zentraler Deportationsort für Jüdinnen und Juden aus Wien und Österreich: http://www.gbstern.at/fileadmin/user_upload/GB0311/Downloads/6_Historische_Darstellung_und_Quellendokumentation.pdf [1. 12. 2017].

Die chronologische Aufgliederung von Alfred Gottwaldt und Diana Schulle⁵⁵ machte deutlich, dass sich die Deportationen aus Wien nahtlos in den Gesamtvorgang der Vertreibung und Vernichtung im „Altreich“ sowie im „Protektorat“ einfügten. Das gilt für die von Gottwaldt und Schulle „Vorgänger“ und „Frühe Deportationen“ genannten Transporte bis zum März 1941 ebenso wie für die späteren Deportationen, die jeweils aus verschiedenen Städten des Deutschen Reiches ein gemeinsames Ziel ansteuerten, z. B. die zwanzig Transporte nach Riga zwischen November 1941 und Februar 1942⁵⁶ (darunter vier aus Wien⁵⁷).

Um die Stellung der Nisko-Aktion in diesem Prozess zu verdeutlichen, soll nachfolgend auf die Abschiebungen aus dem Reichsgebiet in jenem Zeitraum, in dem die offizielle NS-Politik noch die „freiwillige“ Ausreise favorisierte, eingegangen werden. Diese mit bemerkenswerter Herzlosigkeit und ohne große Bemühungen um Geheimhaltung durchgeführten Abschiebungen zeigen zweierlei: Erstens, dass es nicht einfach darum ging, in der einen oder anderen Stadt „Juden loszuwerden“, sondern dass – wie schon bei den massenhaften Einweisungen in die Konzentrationslager unmittelbar nach dem Novemberpogrom 1938 – abschreckende Exempel statuiert werden sollten. Und zweitens, dass die in Wien zeitweise erfolgreiche Taktik der Israelitischen Kultusgemeinde, Zwangsaussiedlungen durch eigene Bemühungen zur forcierten Ausreise zu verhindern, nicht überall griff. In Wien konnte der Amtsdirektor der IKG, Josef Löwenherz, derartigen Drohungen der NS-Behörden durch „Anwendung eines Mittels“ begegnen, „das bisher [Anfang 1941] seine Wirkung stets bewährt hat“, nämlich den Hinweis, eine „Umsiedlung nach Polen wäre nicht nur eine Katastrophe für die Wiener Juden, sondern würde weitere Unterstützung des JOINT⁵⁸ für die Ostmark, das Altreich und Protektorat ausschließen“.⁵⁹ Die erste zentral organisierte Massenabschiebung fand bereits 1938 statt: In ganz Deutschland wies die Polizei am 28. und 29. Oktober 1938 Juden und Jüdinnen polnischer Staatsangehörigkeit aus. Der unmittelbare Anlass war eine Verordnung der polnischen Regierung vom 5. Oktober gewesen, wonach Reisepässe

55 Alfred Gottwaldt / Diana Schulle, Die „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich, 1941–1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005, Übersicht auf S. 5–9.

56 Ebenda, S. 121–136.

57 <http://ausstellung.de.doew.at/b203.html> [1. 12. 2017].

58 American Jewish Joint Distribution Committee – eine von amerikanischen jüdischen Gemeinden im Ersten Weltkrieg gegründete Hilfsorganisation, die im Zweiten Weltkrieg vom neutralen Portugal aus Hilfsaktionen für verfolgte Juden und Jüdinnen koordinierte und finanzierte.

59 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 257 f.

von im Ausland lebenden StaatsbürgerInnen Polens ab 30. Oktober 1938 nur mehr mit einem amtlichen Prüfvermerk zum Grenzübertritt nach Polen berechtigten. Die polnische Verordnung erging am selben Tag wie die Passverordnung des deutschen Reichsinnenministeriums, mit der Reisepässe deutscher Jüdinnen und Juden für ungültig erklärt wurden, so lange sie nicht mit einem „J“ gekennzeichnet waren. Grundlage der Verordnung war ein Gesetz, das der polnische Sejm unmittelbar nach der Annexion Österreichs beschlossen hatte. Das Gesetz schuf die rechtliche Möglichkeit zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft und richtete sich – wie der zeitliche Zusammenhang zeigte – in erster Linie gegen polnische Jüdinnen und Juden, die im Ausland lebten. Das polnische Konsulat in Wien stellte in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“ 1.000 Anträge auf solche Aberkennungsverfahren, bis Mitte August 1938 war 400 in Österreich lebenden Polen und Polinnen die Staatsbürgerschaft entzogen worden. Unmittelbar vor Ablauf der Frist zwangen die deutschen Polizeibehörden fast 17.000 Menschen, Züge nach Polen zu besteigen, und brachten diese über die Grenze. Der Transport aus Wien führte – wie auch die Mehrheit der übrigen Transporte – in die polnische Grenzstadt Zbąszyń/Bentschen. Die Aktion erwies sich als Fehlschlag, da die polnischen Behörden nicht nur die Weiterfahrt blockierten, sondern ihrerseits Züge mit Juden und Jüdinnen deutscher Staatsangehörigkeit an die Grenze schickten. Schließlich durften 7.000 polnische Juden und Jüdinnen auf polnisches Gebiet weiterreisen, den Übrigen wurde gestattet, zumindest vorübergehend in ihre deutschen Wohnorte zurückzukehren.⁶⁰

Aus polnischen Zeitungsberichten geht hervor, dass deutsche Behörden am 6./7. Juni 1939 noch einmal versuchten, einen Sonderzug mit 2.000 polnischen Juden und Jüdinnen aus Wien über Zabrze/Hindenburg nach Polen abzuschicken.⁶¹

Im September 1939, noch während des Krieges gegen Polen, verhaftete die Wiener Gestapo mehr als tausend jüdische Männer polnischer Herkunft und brachte sie ins Praterstadion. Der Kustos der anthropologischen Abteilung des Naturhistorischen Museums, Josef Wastl, führte an ihnen „rassenkundliche“ Schädelmessungen durch, bevor sie ins KZ Buchenwald gebracht und dort größtenteils ermordet wurden.⁶² Auch wenn die „Stadionaktion“ keine Vertrei-

60 Jerzy Tomaszewski, *Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938*, Osnabrück 2002, S. 86, 97 f., 142.

61 Pressemeldungen vom 9. 6. 1939, zit. in: Ebenda, S. 295.

62 Maria Teschler-Nicola / Margit Berner, *Die Anthropologische Abteilung des Naturhistorischen Museums in der NS-Zeit. Berichte und Dokumentation von Forschungs- und Sammlungsaktivitäten 1938–1945*, in: Akademischer Senat der Universität Wien (Hrsg.), *Untersuchungen zur Anatomischen Wissenschaft in Wien 1938–1945*, Wien 1998, S. 333–358,

bung aus dem nationalsozialistischen Herrschaftsgebiet darstellte, folgte die Aktion derselben Logik wie die „reichsweiten“ Abschiebungen nach Polen elf Monate zuvor: jüdische AusländerInnen, die nicht freiwillig das Land verließen, „entfernen“ zu lassen. Der Abtransport in ein KZ war eine naheliegende Lösung, zumal eine solche Masseneinweisung in Konzentrationslager, noch dazu in weit größerem Umfang, bereits einmal funktioniert hatte: In den Tagen nach dem Novemberpogrom 1938 waren Zehntausende jüdische Männer in ganz Deutschland verhaftet und mit Sondertransporten der Deutschen Reichsbahn und Bussen in die Konzentrationslager Sachsenhausen, Buchenwald und Dachau verbracht worden; unter den ins Dachau Eingewiesenen befanden sich 4.600 Wiener Juden.⁶³

Noch während die nach Nisko deportierten Juden aus Wien, Mährisch-Ostrau und Kattowitz versuchten, im Distrikt Lublin Wohnmöglichkeiten zu finden, die es ihnen erlaubten, bei Temperaturen, die in diesem Winter auf bis zu -40°C fielen, nicht zu erfrieren, kamen am 16. Februar 1940 in Lublin 1.100 Männer, Frauen und Kinder aus Stettin an. Diejenigen, die nicht ins Lubliner Spital eingewiesen wurden (wo noch am Ankunftstag zehn von ihnen starben), mussten den Weg in Ghettos im Umkreis von Lublin antreten. Zehn Personen durften in Lublin bleiben. Vier Frauen waren als Hochschwangere deportiert worden und entbanden kurz nach der Ankunft in Lublin. Ende Februar waren bereits mehr als 250 Deportierte verstorben.⁶⁴

Die Vertreibung der kompletten jüdischen Bevölkerung Stettins erfolgte aus denselben Gründen wie der Abbruch des Nisko-Experiments wenige Wochen zuvor: Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Heinrich Himmler brauchte Platz für die „Heimholung“ der Balten- und Wolhyniendeutschen. Für den 30. Jänner 1940 berief RSHA-Chef Reinhard Heydrich im Reichssicherheitshauptamt eine „Besprechung über Evakuie-

hier 340. Als Sonderdruck im Internet zugänglich gemacht auf der Website des Naturhistorischen Museums: http://www.nhm-wien.ac.at/jart/prj3/nhm/data/uploads/mitarbeiter_dokumente/berner/Senatsber.pdf [1. 12. 2017].

63 Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 163.

64 Weiterführende Informationen (einschließlich offizieller Listen der nach der Ankunft in Lublin Verstorbenen) hat der bereits erwähnte Mainzer Historiker Thomas Freier im Internet verfügbar gemacht: http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_br_400213.html. Auf dieser Website kann auch eine beim Eichmann-Prozess in Jerusalem vorgelegte Abschrift des Berichts der dänischen Tageszeitung Politiken vom 17. Februar 1940 („Deutschland deportiert Staatsangehörige“) eingesehen werden, in dem beispielsweise geschildert wurde, wie die ältesten Deportierten, 90-jährige Männer und Frauen aus dem Stettiner Altersheim, in Tragbahnen zum Bahnhof gebracht wurden: <http://www.statistik-des-holocaust.de/Stettin-1.jpg> [1. 12. 2017].

rungs- und Umsiedlungsfragen“ ein, zu der aus dem Generalgouvernement mehr als ein Dutzend hohe SS-Offiziere anreisten, unter ihnen der stellvertretende Generalgouverneur Arthur Seyß-Inquart, der oberste Polizeichef („HSSPF Ost“), Höherer SS- und Polizeiführer Friedrich-Wilhelm Krüger aus Krakau und SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik aus Lublin.⁶⁵ Seitens des Reichssicherheitshauptamts war unter anderen SS-Hauptsturmführer Adolf Eichmann eingeladen, der damals mit der Leitung des im Reichssicherheitshauptamt neu eingerichteten Referats IV D 4 („Räumungsangelegenheiten und Reichszentrale für jüdische Auswanderung“) betraut wurde.

Einer der RSHA-Beschlüsse des 30. Jänner 1940 betraf die vorstehend geschilderte Vertreibung: „Mitte Februar 1940 sollen 1000 Juden aus Stettin, deren Wohnungen aus kriegswirtschaftlichen Gründen dringend benötigt werden, geräumt und gleichfalls ins Generalgouvernement abgeschoben werden.“⁶⁶

Wenige Tage später wiederholte sich derselbe Vorgang in abgewandelter Weise im preußischen Regierungsbezirk Schneidemühl/Piła, wo die jüdischen BewohnerInnen von 25 Orten zusammengezogen und zunächst nach Posen gebracht wurden. Die NS-Behörden führten eine interne Auseinandersetzung darüber, wer den Abtransport überhaupt veranlasst hatte,⁶⁷ als deren Resultat schließlich der Großteil der Vertriebenen in kleinen Gruppen in andere preußische Ortschaften verschickt wurde. Eine Gruppe von etwa 160 Personen wurde jedoch ins Generalgouvernement, nach Lublin, transportiert und musste von dort aus zu Fuß in drei der Orte marschieren, in denen vor ihnen schon die Stettiner Deportierten untergebracht worden waren: nach Głusk (11 km), Piaski (25 km) und Bełżyce (26 km).

Die größte Vertreibungsaktion auf dem Gebiet des „Altreichs“ vor dem Beginn der Massendeportationen im Herbst 1941 betraf 6.551 Juden und Jüdinnen aus den Gauen Baden und Saarpfalz, die – vom RSHA zynisch als „Auswanderer“ deklariert – am 22. und 23. Oktober 1940 in die Internierungslager Gurs, Les Milles und Rivesaltes in Südfrankreich deportiert wurden, d. h. in die unbesetzte Zone. Da der Übertritt von Juden und Jüdinnen von der besetzten in die unbesetzte Zone Frankreichs verboten war, erhielt Eichmann den Befehl, für einen reibungslosen Grenzübertritt im Grenzbahnhof Châlon-sur-Saône zu sorgen und, sollte der Abtransport scheitern, die Deportierten in ein Konzent-

65 Das Faksimile des Protokolls der Besprechung findet sich auf der schon zitierten Website http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_br_b_400213.html [1. 12. 2017].

66 Der Wortlaut des Beschlusses befindet sich auf S. 7 des Protokolls: <http://www.statistik-des-holocaust.de/RSHA400130-8.jpg> [1. 12. 2017].

67 Dokumentiert auf: http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_br_b_schneidemuehl.html [1. 12. 2017].

rationslager zu bringen.⁶⁸ Ein großer Teil der Vertriebenen waren Kranke, Alte und Kinder. Im Gegensatz zu den Vertreibungen aus Stettin und Schneidemühl durften jedoch die nicht transportfähigen Kranken mit mehreren jüdischen Angehörigen des Pflegepersonals in den Krankenhäusern bleiben. Dennoch erlitten viele bereits während des Transports den Strapazen.

Die Aktion ist aus mehreren Gründen bemerkenswert: Erstens wurde sie nicht wiederholt – Leni Yahil meint, dass sich Deportationen nach Westen möglicherweise als zu kompliziert herausgestellt hätten. Auf die Kollaborationsregierung in Vichy wurde in gewissem Rahmen Rücksicht genommen, während die NS-Behörden im besetzten Polen nach Belieben schalteten und walteten. Zweitens hatte Adolf Eichmann nur wenige Monate nach dem Scheitern des Nisko-Experiments die Gelegenheit erhalten, sein organisatorisches Talent bei der effizienten Durchführung der „jüdischen Auswanderung“ neuerlich unter Beweis zu stellen. Drittens ist die Dimension mit den Deportationen aus Wien in die Distrikte Radom und Lublin des Generalgouvernements dreieinhalb Monate später vergleichbar: Die neun Transporte⁶⁹ umfassten 5.592 Personen aus Baden, 825 aus der Pfalz und 134 aus dem Saarland. Die beiden Aktionen waren ein deutliches Signal für die jüdischen Gemeinden, dass, nachdem die „normale“ Auswanderung aus verschiedensten Gründen weitgehend zum Erliegen gekommen war, das NS-Regime offensichtlich daranging, zu einer noch radikaleren Vertreibungspolitik überzugehen.

Nisko als eigenes Thema der Holocaust-Forschung

Die Einordnung des Nisko-Experiments in die Gesamtgeschichte der Vertreibung und Vernichtung hat die Holocaust-Forschung seit jeher beschäftigt. Für H. G. Adler, der – teilweise gestützt auf Mitteilungen von Jonny Moser, der schon früh begonnen hatte, Dokumente und Erinnerungen zu sammeln – als Erster das Nisko-Experiment ausführlich beschrieben und eine Einordnung versucht hatte,⁷⁰ war Nisko keine Deportation wie jene, die zentrales Thema seines Buches sind. Adler rechnete das Nisko-Experiment jener Phase der

68 Eichmanns diesbezügliche Aussage vor dem Gericht in Jerusalem findet sich teilweise wörtlich in: Yahil, *Die Shoah*, S. 255 f.

69 Die von Thomas Freier aus mehreren Archiven zusammengetragenen Deportationslisten finden sich auf der Website „Statistik und Deportation der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich“: http://www.statistik-des-holocaust.de/list_ger_swd_401022.html [1. 12. 2017].

70 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch*, S. 126–140.

Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen zu, die 1938/1939 mit der Vertreibung staatenloser und polnischer Juden und Jüdinnen begonnen hatte und mit der zwangsweisen Ansiedlung von fünftausend Wienerinnen und Wienern in Kleinstädten des Generalgouvernements im Februar/März 1941 ihr vorläufiges Ende fand.

In den 1980er und frühen 1990er Jahren waren es neben Jonny Moser, der den Holocaust in Ungarn als „Wallenbergs Laufbursche“⁷¹ überlebt hatte und 1963 zu den Mitbegründern des DÖW gehörte, vor allem der tschechische Historiker und Theresienstadt-Überlebende Miroslav Kárný⁷² und der israelische Rechtsanwalt und Lehrbeauftragte der Universität Haifa Ze’ev Goshen⁷³ (der aus Ostrava stammte und, ebenso wie Jonny Moser, über eigene Dokumente verfügte), die Nisko zu einem eigenen Thema innerhalb der Holocaust-Forschung machten.

1994, zum 55. Jahrestag der Aktion, die von Mährisch-Ostrau ihren Ausgang genommen hatte, lud die Universität Ostrava zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz, deren Tagungsband im Jahr darauf erschien.⁷⁴ Einen Überblick über die Nisko-Aktion gaben darin Mečislav Borák⁷⁵ und Miroslav Kárný⁷⁶, Goshen setzte sich – wie schon in seinen Beiträgen für die Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte – mit den von Eichmann in die Welt gesetzten Legenden auseinander.⁷⁷

Erst ab den 2000er Jahren beschäftigten sich tschechische und slowakische Forscher auch mit jenem „Nisko-Transport“, der Nisko nie erreicht hatte,

71 Jonny Moser, *Wallenbergs Laufbursche. Jugenderinnerungen 1938–1945*, Wien 2006.

72 Miroslav Kárný, *Nisko in der Geschichte der „Endlösung“*, in: *Judaica Bohemiae*, Bd. XXIII (1987) Heft 2, S. 69–84.

73 Seev Goshen, *Eichmann und die Nisko-Aktion im Oktober 1939. Eine Fallstudie zur NS-Judenpolitik in der letzten Etappe vor der „Endlösung“*, in: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte*, Jg. 29 (1981), H. 1, S. 74–96; ders., *Nisko – ein Ausnahmefall unter den Judenlagern der SS*, in: *Ebenda*, Jg. 40 (1992), H. 1, S. 95–106. Beide Beiträge sind auch im Internet zugänglich: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1981_1.pdf bzw. http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1992_1_5_goshen.pdf [1. 12. 2017].

74 *Nisko 1939/1994. Mezinárodní vědecká konference. Akce Nisko v historii „konečného řešení židovské otázky“ – k 55. výročí první hromadné deportace evropských Židů. Sborník referátů [Die Aktion Nisko in der Geschichte der „Endlösung der Judenfrage“ – zum 55. Jahrestag der ersten Massendeportation der europäischen Juden. Sammelband]*, Ostrava 1995. (Referaten in tschechischer Sprache wurde eine deutsche oder englische Zusammenfassung angefügt.)

75 Mečislav Borák, *Příprava a průběh niských transportů [Vorbereitung und Verlauf der Nisko-Transporte]*, in: *Ebenda*, S. 100–105.

76 Miroslav Kárný, *Tábor Nisko a plán říšského ghetta [Das Lager Nisko und der Plan eines Reichsghettos]*, in: *Ebenda*, S. 106–117.

77 Seev Goshen, *Die Nisko-Aktion. Mythos und Wirklichkeit*, in: *Ebenda*, S. 118–124.

sondern in Sosnowitz/Sonowiec „stecken geblieben“ war. Die Theresienstädter Initiative veröffentlichte einen ersten umfangreichen Aufsatz⁷⁸ über den so genannten „dritten Transport“ von mutmaßlich 322 Männern, der Mährisch-Ostrau am 1. November 1939 verließ und vor allem aus Juden aus Prager Gefängnissen bestand. Das weitere Schicksal dieser Gruppe behandelte Eduard Nižňanský in einem Beitrag in dem von Wolfgang Benz herausgegebenen Jahrbuch für Antisemitismusforschung.⁷⁹

Zwar wurde in allen wissenschaftlichen Arbeiten die wichtige Rolle der IKG Mährisch-Ostrau hervorgehoben, auch wurde die Rolle der Stadt als Koordinierungsstelle der Nisko-Aktion in den tschechischen Arbeiten analysiert, aber erst 2002 erschien ein umfangreicher Beitrag in deutscher Sprache über diesen Aspekt. Die Arbeit von Ludmila Nesládková⁸⁰ vom Zentrum für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Ostrava stützte sich unter anderem auf den 1952 veröffentlichten Beitrag eines Zeitzeugen.⁸¹ Es war die erste Arbeit zur Nisko-Aktion, die auch Statistiken zur sozialen Zusammensetzung der Deportierten enthielt. Die bisher umfangreichsten Studien sind die eingangs genannten Bücher von Mečislav Borák⁸² und Jonny Moser.⁸³

Allen genannten Publikationen gemeinsam ist, dass sie auf die entscheidende Rolle von zwei bereits seit Mitte der 1930er Jahre mit „Judenangelegenheiten“ befassten Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der SS im Referat II/112 des SD-Hauptamts Berlin bzw. später des Reichssicherheitshauptamts, nämlich Theodor Dannecker und Adolf Eichmann, hinwiesen und – wenn auch in unterschiedlicher Ausführlichkeit – auf die Rolle der Zusatzabkommen zum zweiten deutsch-sowjetischen Pakt des Jahres 1939, dem „Grenz- und Freundschaftsvertrag“ vom 28. September, eingingen. Die zunächst vorhandenen Unklarheiten über den genauen Verlauf der Demarkationslinie beeinflussten die Pläne für ein „Judenreservat“ jenseits des San.

78 Lukás Přibyl, Das Schicksal des dritten Transports aus dem Protektorat nach Nisko, in: Miroslav Kárný / Raimund Kemper / Martin Niklas (Hrsg.), Theresienstädter Studien und Dokumente 2000, Prag 2000, S. 297–342.

79 Eduard Nižňanský, Die Aktion Nisko, das Lager Sosnowiec (Oberschlesien) und die Anfänge des „Judenlagers“ in Vyhne (Slowakei), in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 11, Berlin 2002, S. 325–335.

80 Ludmila Nesládková, Eine Episode in der Geschichte des Dritten Reichs – Das Lager in Nisko und die Juden aus dem Ostrauer Gebiet, in: Hefte von Auschwitz 22, Oświęcim 2002, S. 343–362.

81 Isidor Zehngut, Dějiny židovstva ostravského [Geschichte der Ostrauer Juden], Ostrava 1952.

82 Borák, The First Deportation.

83 Moser, Nisko.

Was bei der Lektüre der einzelnen Arbeiten auffällt, ist die Unsicherheit bezüglich genauer Zahlenangaben, die zum Teil auf offensichtliche Fehler (Doppelnennungen bzw. Auslassungen) in den Originalquellen zurückzuführen ist.

Ausführlicher als andere Autoren ging Moser auf das Schicksal der im Distrikt Lublin umherirrenden Wiener Juden ein: Die Zahl der ankommenden Juden war viel zu groß für das auf einer Wiese bei Zarzecze errichtete Lager. Die SS verjagte daher schon unmittelbar nach der Ankunft viele – darunter den Großteil der Deportierten aus Wien – in Richtung der Demarkationslinie zur Sowjetunion. Mit dem „Streuen“ im Gebiet zwischen San und Bug sollte erreicht werden, dass die Deportierten sich selbst um Unterkünfte kümmerten oder das deutsche Herrschaftsgebiet überhaupt verließen und in die UdSSR flüchteten. Die Deportierten suchten Hilfe bei polnischen jüdischen Gemeinden – Gruppen waren über Janów Lubelski nach Lublin unterwegs und versuchten, sich quer durch das Lubliner Gebiet bis nach Bełzec, nahe der Demarkationslinie zur Sowjetunion, durchzuschlagen. Anhand mehrerer Beispiele behandelte Moser das Schicksal jener, die mehrheitlich im nunmehr sowjetischen Lemberg Zuflucht gefunden hatten. Von dort aus konnten sie Telegramme nach Wien schicken. Andere schrieben aus verschiedenen Orten im Distrikt Lublin verzweifelte Briefe nach Wien. Diese Briefe sind erschütternde Zeugnisse der Lage der frierenden und hungernden Deportierten, die gleich am Beginn ihrer Flucht aus Zarzecze ihr Gepäck zurücklassen mussten, weil sie zu Fuß unterwegs waren, oder von polnischen und ukrainischen Banden ausgeraubt wurden (unmittelbar nach Beendigung der Kampfhandlungen war die Sicherheitslage äußerst prekär). Sie dokumentieren darüber hinaus aber auch das tiefe Unverständnis der Betroffenen über die vermeintliche Untätigkeit der Wiener IKG. Diese hatte weit weniger Möglichkeiten, Unterstützung für die nach Polen Deportierten zu organisieren als die Kultusgemeinde von Mährisch-Ostrau, da der Bewegungsspielraum der jüdischen Bevölkerung im „Protektorat“ damals noch nicht so rigoros eingeschränkt war wie im annektierten Österreich. Die Ostrauer Deportierten teilten mit denen aus Wien Lebensmittel, Bekleidung und Geld, das sie von zu Hause empfangen hatten. Dieser Aspekt bildete das zentrale Thema des 2012 publizierten Beitrags der Historikerin Andrea Löw vom Münchner Institut für Zeitgeschichte.⁸⁴

84 Andrea Löw, Hilferufe aus dem besetzten Polen. Briefe deportierter Wiener Juden vom Herbst 1939 bis zum Frühjahr 1940, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 60. Jg. (2012), H. 4, S. 603–633.

Zum Schicksal der über die deutsch-sowjetische Demarkationslinie geflüchteten/vertriebenen „Nisko-Juden“

Bereits zur Zeit des deutsch-sowjetischen Pakts versandte die Wiener IKG Fragebögen⁸⁵, die Angehörige dazu nutzen konnten, für die Eruiierung des Aufenthaltsorts von Nisko-Deportierten, die in die UdSSR geflüchtet oder vertrieben worden waren, zweckdienliche Angaben zu machen. In einer Rubrik des Fragebogens war der Zweck der Anfrage einzutragen. In den meisten Fällen wollten die Angehörigen nur den momentanen Aufenthaltsort wissen, um wieder Kontakt aufnehmen zu können; in manchen Fällen wurde als Zweck der Aufenthaltsermittlung aber auch angegeben, eine allfällige Einreisebewilligung zustellen zu können. Offenbar waren auch Männer deportiert worden, die ihre Ausreise in ein Exilland bereits vorbereitet hatten. Es ist nicht bekannt, ob es gelang, einem solchen Deportierten tatsächlich die benötigten Papiere zu übermitteln. Der Wert dieser Fragebögen für die historische Forschung besteht in erster Linie darin, dass sie zahlreiche Angaben über die Aufenthaltsorte der Deportierten (einschließlich Lemberger Hausnummern) enthalten und somit wenigstens die ersten Monate des Aufenthalts dieser Personen in der UdSSR nach dem Überschreiten der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie rekonstruierbar werden. Offenbar musste die Aktion im Herbst 1940 eingestellt werden – zumindest sind nach dem Oktober 1940 keine Fragebögen überliefert.

Weitere Bemühungen um Aufklärung waren erst nach Kriegsende möglich. Welche Schritte seitens der IKG oder seitens überlebender Angehöriger konkret unternommen wurden, ist noch nicht erforscht.

Nach Abschluss des österreichischen Staatsvertrages am 15. Mai 1955 und der Überstellung der letzten Kriegsgefangenen („Spätheimkehrer“) aus der Sowjetunion am 25. Juli 1955 begann die Israelitische Kultusgemeinde mit der Zusammenstellung einer Liste von „Personen österreichischer Staatsbürgerschaft [...], von denen wir aus verschiedenen Quellen erfahren haben, dass sie sich nach 1945 noch in Russland befunden haben“, die aber auch nach dem vorläufigen Abschluss der Repatriierungen nicht nach Österreich zurückgekehrt waren. Am 14. Oktober 1955 übersandte IKG-Amtsleiter Wilhelm Kreil dem Bundeskanzleramt, Abteilung Äußere Angelegenheiten, eine Liste, die auch Namen und mutmaßliche Aufenthaltsorte von ehemaligen Nisko-Deportierten enthielt;

85 Abwanderung (Deportationen), B. „Polentransporte“ (= Fragebögen betreffend die Ermittlung des Aufenthaltsortes von ehemaligen Polentransportteilnehmern), 09.1940–10.1940. Central Archive of the Jewish People, Jerusalem, A/W 2748, 3. Mikrofilmkopie im Archiv der IKG Wien.

die meisten Angaben stammten von bereits zurückgekehrten Deportierten. „Außer den namentlich angeführten Personen sollen sich noch weitere Personen, welche seinerzeit nach Polen deportiert wurden und später nach Russland flüchten konnten, dort befinden, doch konnten deren Namen nicht festgestellt werden.“⁸⁶ Aus den beigefügten Listen geht hervor, dass sich allerdings keine Nisko-Deportierten unter jenen befanden, deren Rückkehr nach Österreich verweigert wurde, weil sie für die sowjetischen Behörden als Staatenlose galten. In den Folgemonaten schrieb die Kultusgemeinde gezielt Zurückgekehrte an, von denen sie nähere Auskünfte über österreichische „Juden [...], welche sich noch in Russland befinden“⁸⁷, erhoffte. Für den 31. Mai 1956 wurden solche Personen zu einer Besprechung in die Abteilung Bevölkerungswesen der IKG eingeladen. Inwieweit diese Bemühungen erfolgreich waren, kann beim gegenwärtigen Forschungsstand nicht beantwortet werden.

Das Schicksal der in die Sowjetunion Geflüchteten/Vertriebenen ist eine der Fragen, die im Rahmen eines Forschungsprojekts zum Thema Nisko geklärt werden sollen. Dieses Projekt, welches das DÖW gemeinsam mit weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland durchzuführen beabsichtigt, befindet sich im Planungsstadium.

Resümee

Obwohl die beiden Nisko-Transporte, die vom Wiener Aspernbahnhof am 20. und 26. Oktober 1939 abfuhren, in technischer Hinsicht Deportationszüge waren, gehörten sie ebensowenig wie die zwischen 15. Februar und 12. März 1941 ebenfalls vom Aspernbahnhof abgehenden fünf Transporte nach Opole, Kielce, Modliborzyce und Ostrowiec Świętokrzyski (mit den Zielorten Łagów und Opatów) zur Kategorie jener Deportationen, die den direkten Weg in die Vernichtung darstellten; der Massenmord begann erst im Sommer 1941. Jedoch gilt auch für die Wiener „Nisko-Juden“, was Mečislav Borák über den ersten Transport, der Mährisch-Ostrau am 17. Oktober 1939 Richtung Nisko verließ, schrieb: Obwohl der Zweck der Judentransporte auf dieser Etappe in der Geschichte des Holocaust „noch nicht die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung war“, sind dennoch die meisten der nach Nisko Deportierten „niemals nach

86 IKG an BKA, 14. 10. 1955. Archiv der IKG Wien, III/BEV/63/4.

87 Siehe beispielsweise IKG an Josef Mayer Fischer, 25. 5. 1956. Ebenda. Ab 2019 werden die für die Holocaust-Forschung relevanten Teile des IKG-Archivs im Wiener Wiesenthal Institut für Holocaust-Studien zugänglich sein.

Hause zurückgekehrt“.⁸⁸ In diesem Sinne, schrieb Václav Havel im Vorwort zu Boráks Buch, wurde das Nisko-Experiment zum „ersten Kreis der Hölle, das zu den Toren von Auschwitz, Birkenau und der anderen Vernichtungslager führte.“⁸⁹

Das Nisko-Experiment stellte, gemeinsam mit der Zwangsumsiedlung von 6.500 Personen aus Südwestdeutschland nach Südfrankreich im Oktober 1940 und von 5.000 Personen aus Wien in Kleinstädte des Generalgouvernements im Februar/März 1941, die größte der frühen nationalsozialistischen Aktionen zur ethnischen „Flurbereinigung“ dar. Ihre wichtigste Besonderheit bestand – abgesehen davon, dass sie Teil eines nicht realisierten Plans zur Schaffung eines „Judenreservats“ war – in der Tatsache, dass ein Teil der Deportierten nach einem halben Jahr wieder zurückkehren durfte, was allerdings die wenigsten unter ihnen davor bewahrte, 1941 oder 1942 neuerlich, diesmal aber endgültig „auf Transport geschickt“ und ermordet zu werden. Dadurch, dass der Großteil der Nisko-Deportierten im Winter 1939/1940 über die Demarkationslinie in die Sowjetunion flüchtete bzw. getrieben wurde, reiht sich die Aktion außerdem in die große Fluchtbewegung aus dem deutsch besetzten in den sowjetisch besetzten Teil Polens ein.

Die von Adolf Eichmann aufgebaute Zentralstelle für jüdische Auswanderung erwarb mit dem Nisko-Experiment jenes Know-how, das sie in die Lage versetzte, aus einer Koordinierungsstelle für Auswanderung zu einer Koordinierungsstelle für Deportationen zu werden und schließlich die Massentransporte zu den Vernichtungsstätten effizient und reibungslos durchzuführen.

88 Borak, *The First Deportation*, S. 18.

89 Ebenda, S. 12.